Öffentlicher Nahverkehr

Bus und Bahn umsonst

Geteiltes Echo auf Ein-Tages-Versuch in Hannover

Hannover will am ersten Adventssonnabend den öffentlichen Nahverkehr kostenlos anbieten.

VON JÜRGEN HINRICHS

Hannover/Bremen. Mit einem Großversuch wird Hannover am Sonnabend vor dem ersten Advent testen, wie sehr die Akzeptanz von Bussen und Bahnen steigt, wenn die Fahrgäste nichts bezahlen müssen. Der gesamte Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Großraum der Landeshauptstadt ist an dem Tag kostenlos.

Flankiert wird das Projekt von einem deutlich stärkeren Angebot – mehr Fahrzeuge, mehr Personal, kürzere Taktzeiten. Für die Innenstadt gibt es eigens aus diesem Anlass ein Verkehrskonzept, um für den ÖPNV eine möglichst freie Fahrt zu garantieren. Die Reaktionen anderer Kommunen auf diesen Vorstoß sind gemischt. Bremen findet ihn mutig und spannend, erklärte am Dienstag ein Sprecher der Verkehrssenatorin. Am kommenden Montag sollen bei einer Pressekonferenz Details der Planung vorgestellt werden.

Hintergrund des Versuchs sind Überlegungen, den ÖPNV mittelfristig auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Er könnte demnach jeden Tag und ohne Ausnahme kostenfrei sein. Eine andere Möglichkeit wäre das Jahresticket für 365 Euro, das seit sieben Jahren mit Erfolg in Wien angeboten wird. Zählungen und eine wissenschaftliche Begleitung sollen an dem Aktionstag nach Angaben eines Sprechers der Region Hannover einen „handfesten Beleg“ für die Diskussion liefern. Es gehe vor allem erst einmal darum, Erfahrungen zu sammeln. Die Region Hannover wird die Kosten übernehmen, die durch den Ausfall von Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf zu erwarten sind. Sie belaufen sich nach Informationen des WESER-KURIER auf rund 364 000 Euro.

Andere niedersächsische Kommunen planen zur Weihnachtszeit keine Versuche mit komplett kostenlosem Nahverkehr. In Göttingen wird an den Adventssonnabenden ein kostenfreier Shuttle zwischen Park & Ride- Plätzen und Innenstadt angeboten, der Rest bleibt kostenpflichtig. Auch in Braunschweig ist kein Aktionstag mit kostenlosem ÖPNV geplant. „Wir denken aber immer wieder über das Thema nach“, sagte ein Sprecher der Braunschweiger Verkehrs-GmbH. Kritisch sieht Marco Hörmeyer von den Stadtwerken Osnabrück die Aktion: „Wer an diesem Tag zum ersten Mal auf öffentlichen Nahverkehr umsteigt, wird wohl vor allem unpünktliche und überfüllte Busse erleben.“ Das könne bei Erstkunden Vorurteile gegen den ÖPNV bestätigen und werde nicht zu einer erhöhten Akzeptanz führen.

Wichtiger als solch punktuelle Aktionen seien daher langfristige Maßnahmen. Osnabrück plane für kommenden Februar ein komplett neues Liniennetz mit einer engeren Taktung. Zu Ideen wie einem 365-Euro-Ticket meinte Hörmeyer: „Wir können nicht erst an der Preisschraube drehen und dann mit den Angeboten nicht hinterherkommen.“

Skeptisch bis ablehnend ist auch die Bremer Straßenbahn AG (BSAG). „Wir kündigen gerade eine Preiserhöhung an, da würde eine Aktion wie in Hannover schlecht passen“, sagte BSAG-Sprecher Jens-Christian Meyer. Die Sonnabende in der Adventszeit zählten zu den frequenzstärksten im gesamten Jahr. An den Tagen seien die Busse und Bahnen ohnehin knüppelvoll. Notwendig und längst an der Zeit sei vielmehr, in die Infrastruktur zu investieren. „Das wäre eine echte Werbung für den ÖPNV.“

Kostenlose Fahrten habe die BSAG in der Vergangenheit zum Beispiel anlässlich der Einweihung neuer Linien angeboten. Bei der Bremer Großdemonstration der Bewegung „Fridays for Future“ im September habe das Unternehmen darauf verzichtet, die Fahrausweise zu kontrollieren und dies vorher kommuniziert. So werde es auch bei der Demonstration „Klimastreik“ am 29. November sein, kündigte Meyer an. „Wir brauchen die Kontrolleure an dem Tag für andere Aufgaben.“

Die Bremer Verkehrsbehörde begrüßt den Aktionstag in der niedersächsischen Landeshauptstadt. „Wir haben ein hohes Interesse an den Ergebnissen des Versuchs in Hannover, weil es sicherlich auch Erkenntnisse für unsere Prüfung bringen wird, wie wir künftig in Bremen den ÖPNV gestalten – kostenlos oder mit einem 365-Euro-Ticket“, erklärte Verkehrssenatorin Maike Schaefer (Grüne). Ihre Partei hatte diese Prüfung zusammen mit der SPD und den Linken im Vertrag für die neue Regierungskoalition verankert. Noch in der laufenden Legislaturperiode soll es darüber zu einer Entscheidung kommen.